

Stand: 07.05.2026 00:41:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5765

"Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in Rinderhaltungen im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus."

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5765 vom 13.03.2025
2. Mitteilung 19/6495 vom 28.04.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Holger Griebhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in Rinderhaltungen im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus führt eine Sachverständigenanhörung zu Veterinärkontrollen und den aktuellen Tierschutzskandalen in Rinderhaltungen im Allgäu sowie über die strukturellen Probleme bei der Aufdeckung und Verfolgung von Tierschutzverstößen durch. Ziel ist es, Maßnahmen zu identifizieren, die eine effektivere Kontrolle und Durchsetzung des Tierschutzrechts in Bayern gewährleisten können, um in Zukunft derartiges Tierleid endlich zu verhindern.

Begründung:

Erneut erschüttert ein gravierender Tierschutzskandal im Allgäu die Öffentlichkeit. Der aktuelle Tierschutzskandal im Allgäu betrifft mehrere landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere in Bad Grönenbach, Kißlegg und Heimertingen. Diese Höfe wurden kürzlich durchsucht, nachdem die Tierschutzorganisation SOKO Tierschutz schwerwiegende Missstände dokumentiert hatte. Dabei handelt es sich um Betriebe, die bereits 2019 im Rahmen des sogenannten Allgäuer Tierskandals in den Fokus gerieten. Die Vorwürfe umfassen Tierquälerei und den Einsatz verbotener Methoden wie Elektrogeräten. Die Tierschutzorganisation SOKO Tierschutz hat wiederholt schwerwiegende Missstände in landwirtschaftlichen Betrieben aufgedeckt, während die zuständigen Veterinärämter bei ihren Kontrollen lediglich „geringfügige Beanstandungen“ feststellten. Diese eklatante Diskrepanz zwischen behördlichen Feststellungen und der dokumentierten Realität ist alarmierend und erfordert dringend politisches Handeln. Die von SOKO Tierschutz dokumentierten Zustände sind erschütternd: Tiere werden grob misshandelt, kranke Tiere nicht angemessen versorgt und leiden unter qualvollen Bedingungen. Die Bilder und Videos zeigen eine Realität, die mit dem Selbstverständnis Bayerns als Vorreiter im Tierschutz unvereinbar ist. Besonders verstörend ist, dass selbst nach Anzeigen durch die Tierschutzorganisation die behördlichen Kontrollen offenbar nicht in der Lage waren, diese Grausamkeiten aufzudecken oder zu unterbinden. Die gerichtliche Aufarbeitung früherer Fälle im Allgäu hat bereits zu den höchsten jemals in Deutschland verhängten Strafen wegen Tierschutzverstößen geführt. Dies unterstreicht die Schwere

der Vergehen. Dennoch scheinen die bisherigen Maßnahmen nicht auszureichen, um weitere Fälle zu verhindern. Der Vorsitzende der SOKO Tierschutz hat anerkannt, dass sich die Kontrollen in Bayern „ein Stück weit verbessert“ haben und Bayern „momentan führend bei der Verfolgung von Tierschutzvergehen“ sei. Dennoch zeigt der aktuelle Fall, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Jedes leidende Tier ist eines zu viel. Hinter den nüchternen Berichten stehen fühlende Lebewesen, die täglich Schmerzen und Qualen erleiden. Als Gesellschaft, die den Tierschutz im Grundgesetz verankert hat, dürfen wir nicht wegschauen. Die Anhörung soll dazu beitragen, Zuständigkeiten und bestehende Lücken im Kontrollsystem zu identifizieren und zu schließen, damit solche Fälle von Tierquälerei in Zukunft verhindert werden können.



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Holger Gießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/5765

Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in Rinderhaltungen im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus.

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/5765 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt